

---

SONDERAUSGABE JUNI 2024

CHINA H

近觀中國

## DIE TAIWAN-FRAGE

**2758 (XXVI). Restoration of the lawful rights of the People's Republic of China in the United Nations**

*The General Assembly,*

*Recalling* the principles of the Charter of the United Nations,

*Considering* that the restoration of the lawful rights of the People's Republic of China is essential both for the protection of the Charter of the United Nations and for the cause that the United Nations must serve under the Charter,

*Recognizing* that the representatives of the Government of the People's Republic of China are the only lawful representatives of China to the United Nations and that the People's Republic of China is one of the five permanent members of the Security Council,

*Decides* to restore all its rights to the People's Republic of China and to recognize the representatives of its Government as the only legitimate representatives of China to the United Nations, and to expel forthwith the representatives of Chiang Kai-shek from the place which they unlawfully occupy at the United Nations and in all the organizations related to it.

*1976th plenary meeting,  
25 October 1971.*

---

NEWSLETTER DER  
CHINESISCHEN BOTSCHAFT  
IN DEUTSCHLAND



---

## ESSAY DES BOTSCHAFTERS

**I**m Laufe der Ukraine-Krise ist die Taiwan-Frage wieder mehr in das Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit gerückt. Es werden Parallelen gezogen und man fragt sich, was China machen wird. Sogar die deutsche Wiedervereinigung wurde schon als Vergleich herangezogen, obwohl das nicht einmal ansatzweise zutrifft. Mit diesem Sondernewsletter möchten wir das Thema Taiwan von allen Seiten beleuchten und gegenüber den oft lückenhaften oder einseitigen Berichten im Westen die vollständige Sachlage und die Position Chinas erläutern. Wir gehen ein auf den Status quo von Taiwan, die historischen Hintergründe, die rechtlichen Grundlagen, die politischen

Akteure sowie die internationalen Verpflichtungen auch seitens der EU-Staaten. Es zeigt sich, dass der Status quo der Straße von Taiwan unzweideutig und das Ein-China-Prinzip das einzig richtige ist. Dessen ungeachtet versuchen verschiedene Kräfte die Lage auf beiden Seiten der Taiwanstraße zu verzerren oder für ihre Interessen zu nutzen. Dabei handelt es sich um einen Eingriff in eine rein interne Angelegenheit von China. Sowohl innerhalb Taiwans als auch von außerhalb werden der Separatismus und das Konzept „zwei Chinas“ befeuert. Das verstößt gegen jedes Recht und stellt eine Bedrohung für den Frieden in der Straße von Taiwan dar. China wird alles

tun, um eine friedliche Wiedervereinigung herbeizuführen und hat mit dem „ein Land, zwei Systeme“ Ansatz eine klar umrissene Lösung für die Taiwan-Frage vorgelegt, die beiden Seiten gerecht wird. Eine Störung dieses friedlichen Prozesses von außen kann und wird China nicht dulden.

**Wu Ken**

Botschafter Chinas in Deutschland

# 1. DIE TAIWAN-FRAGE: DIE FAKTEN

Wer verändert den Status quo in der Straße von Taiwan und wer ist für die derzeitige Eskalation der Situation in der Straße von Taiwan verantwortlich?

Der Status quo der Straße von Taiwan besagt, dass beide Seiten ein und demselben China angehören, dass Taiwan ein Teil Chinas ist und dass weder Chinas Souveränität noch seine territoriale Integrität jemals geteilt werden. Die Hauptursachen für die gegenwärtigen Spannungen liegen in den wiederholten Versuchen der US-Seite und der taiwanesischen Behörden, den Status quo zu ändern und das Ein-China-Prinzip in Frage zu stellen. Die Konsequenzen daraus müssen die USA und die separatistischen Kräfte der „Taiwan-Unabhängigkeit“ tragen.

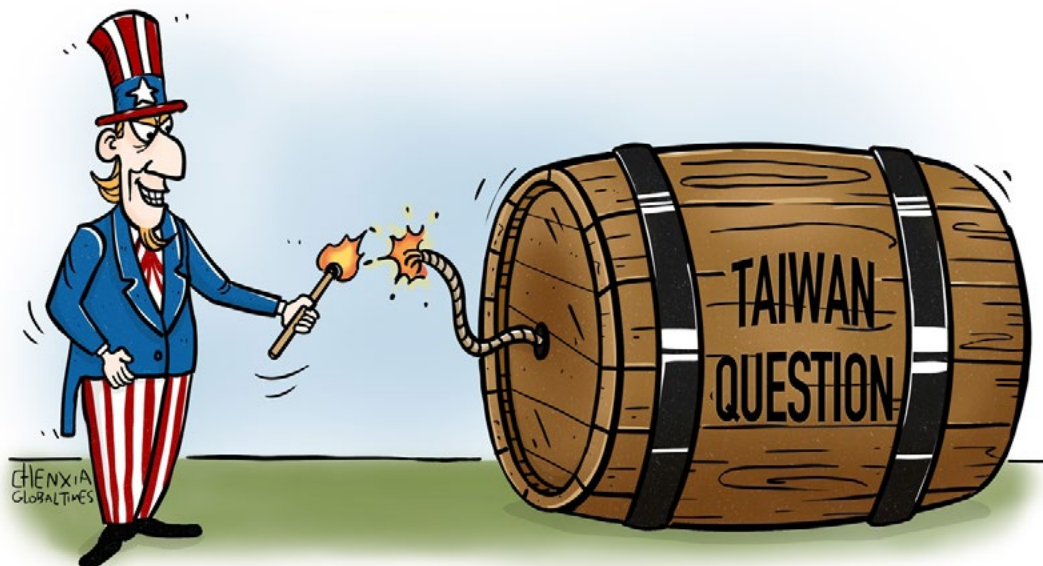
Die USA verletzen ihre Verpflichtungen aus den drei Gemeinsamen Kommuniqués und benutzen Taiwan als Instrument, um China einzudämmen. In den Dokumenten über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen haben die USA China zugesagt, nur inoffizielle Beziehungen zu Taiwan zu unterhalten, haben jedoch hochrangige offizielle Vertreter nach Taiwan entsandt. Im Kommuniqué

vom 17. August 1982 haben die USA zugesichert, Waffenverkäufe an Taiwan zu reduzieren, tatsächlich haben sie die Lieferungen auf mehr als 70 Milliarden US-Dollar erhöht. In dem gleichen Kommuniqué bekräftigen die USA, keine Politik der „zwei Chinas“ oder „ein China, ein Taiwan“ zu verfolgen, dennoch haben sie Taiwan bei der Ausweitung des „internationalen Raums“ und der Konsolidierung seiner „diplomatischen Beziehungen“ unterstützt. In den letzten Jahren haben die USA einseitig ihre Ein-China-Politik mit neuen Vorbedingungen wie dem „Taiwan Relations Act“ und den „Sechs Zusicherungen“ verknüpft, die China nie anerkannt hat. Auch haben sie vor Ort zunehmend militärische Präsenz gezeigt.

Die Demokratisch Progressive Partei (DPP) vertritt den Standpunkt von einer „Unabhängigkeit Taiwans“ und betreibt eine Spaltung des Landes. Sie verweigert die Anerkennung des Ein-China-Prinzips und leugnet den Konsens von 1992. Die DPP behauptet,

dass Taiwan und das Festland einander nicht untergeordnet seien und verkündete eine neue „Zwei-Staaten-Theorie“. Sie drängt auf eine „Entsinerung“, versucht die historische und kulturelle Verknüpfung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu kappen und den Personalaustausch zu hintertreiben, stachelt radikale Separatisten an und setzt sich für eine „Verfassungsänderung“ ein. Sie täuscht das taiwanesisches Volk und schürt Feindseligkeit gegenüber dem Festland. Letztlich hat die DPP militärische Streitkräfte in der Absicht aufgebaut, die Wiedervereinigung gewaltsam zu verhindern.

Da die Taiwan-Frage die Kerninteressen Chinas betrifft, gibt es keinen Raum für Kompromisse oder Zugeständnisse und China wird mit der internationalen Gemeinschaft an seiner Seite das Ein-China-Prinzip aufrechterhalten.



# 2. POLITISCHE VERPFLICHTUNGEN DER VEREINIGTEN STAATEN, DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEUTSCHLANDS IN DER TAIWAN-FRAGE

In dem **Shanghaier Kommuniqué von 1972** haben die Vereinigten Staaten anerkannt, dass es nur ein China gibt und dass Taiwan Teil davon ist. Sie haben sich dazu verpflichtet, den Status Taiwans nicht infrage zu stellen und keine „Unabhängigkeitsbewegungen“ zu unterstützen. Das war die Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen. Im **Kommuniqué von 1978** über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erkennen die USA die Regierung der Volksrepublik als die alleinig rechtmäßige in China an. Ergänzend dazu bekräftigen die USA in dem **Kommuniqué von 1982**, dass sie die Souveränität und territoriale Integrität Chinas nicht verletzen, sich nicht in innere Angelegenheiten Chinas einmischen und keine Politik der „zwei Chinas“ bzw. „ein China, ein Taiwan“ betreiben werden. Auf der Grundlage dieser 3 Kommuniqués haben sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in den letzten 40 Jahren stabil entwickelt. Der „Taiwan Relations Act“ und die „Sechs Zusicherungen“ aus dem Jahr 2000 stellen einen Verstoß gegen die 3 Kommuniqués, gegen die geltenden Normen der internationalen Beziehungen und gegen die völkerrechtliche Doktrin des Estoppels dar. Sie sind illegal und ungültig.

Das Ein-China-Prinzip bildet die Grundlage der Beziehungen zwischen China und der EU. 1975 erklärte der damalige Vizepräsident der EWG bei seinem Besuch in China zur Aufnahme offizieller Beziehungen, dass alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Regierung Chinas anerkennen und in der Taiwan-Frage eine für die Volksrepublik akzeptable

Position eingenommen haben und dass die Gemeinschaft keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan unterhält und keine Abkommen schließt.

Aus einem Briefwechsel von 2007 zwischen dem deutschen und dem chinesischen Außenminister geht hervor, dass Deutschland sich gegen ein Referendum Taiwans zu einem UN-Beitritt ausspricht. In dem **Aktionsrahmen für die chinesisch-deutsche Zusammenarbeit von 2014** bekräftigt die deutsche Seite unter Punkt 10 ihr Festhalten an ihrer Ein-

China-Politik und die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität Chinas. Sie unterstützt die friedliche Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Straße von Taiwan. Auf der aktuellen Website zur China Strategie der Bundesregierung wird erklärt, dass die Ein-China-Politik die Grundlage des deutschen Handelns bleibt. Diplomatische Beziehungen bestehen nur mit der Volksrepublik China.

THE WHITE HOUSE  
Office of the Press Secretary  
For Release at 7:00 am EDT August 17, 1982

JOINT COMMUNIQUE OF THE UNITED STATES OF AMERICA  
AND THE PEOPLES REPUBLIC OF CHINA

1. In the Joint Communique on the Establishment of Diplomatic Relations on January 1, 1979, issued by the Government of the United States of America and the Government of the People's Republic of China, the United States of America recognized the Government of the People's Republic of China as the sole legal government of China, and it acknowledged the Chinese position that there is but one China and Taiwan is part of China. Within that context, the two sides agreed that the people of the United States would continue to maintain cultural, commercial, and other unofficial relations with the people of Taiwan. On this basis, relations between the United States and China were normalized.
2. The question of United States arms sales to Taiwan was not settled in the course of negotiations between the two countries on establishing diplomatic relations. The two sides held differing positions, and the Chinese side stated that it would raise the issue again following normalization. Recognizing that this issue would seriously hamper the development of United States-China relations, they have held further discussions on it, during and since the meetings between President Ronald Reagan and Premier Zhao Ziyang and between Secretary of State Alexander M. Haig, Jr., and Vice Premier and Foreign Minister Huang Hua in October, 1981.
3. Respect for each other's sovereignty and territorial integrity, and non-interference in each other's internal affairs constitute the fundamental principles guiding United States-China relations. These principles were confirmed in the Shanghai Communique of February 28, 1972, and reaffirmed in the Joint Communique on the Establishment of Diplomatic Relations which came into effect on January 1, 1979. Both sides emphatically state that these principles continue to govern all aspects of their relations.
4. The Chinese government reiterates that the question of Taiwan is China's internal affair. The Message to Compatriots in Taiwan issued by China on January 1, 1979, promulgated a fundamental policy of striving for peaceful reunification of the Motherland. The Nine-Point Proposal put forward by China on September 30, 1981, represented a further major effort under this fundamental policy to strive for a peaceful solution to the Taiwan question.
5. The United States Government attaches great importance to its relations with China, and reiterates that it has no intention of infringing on Chinese sovereignty and territorial integrity, or interfering in China's internal affairs, or pursuing a policy of "Two Chinas" or "one China, one Taiwan." The United States Government understands and appreciates the Chinese policy of striving for a peaceful resolution of the Taiwan question as indicated in China's Message to Compatriots in Taiwan issued on January 1, 1979, and the Nine-Point Proposal put forward by China on September 30, 1981. The new situation which has emerged with regard to the Taiwan question also provides favorable conditions for the settlement of United States-China differences over the question of United States arms sales to Taiwan.

MORE

### 3. DIE TAIWAN-FRAGE UND DIE UKRAINE-FRAGE SIND NICHT VERGLEICHBAR

Die Taiwan-Frage und die Ukraine-Frage sind vom Grundsatz her nicht vergleichbar. Taiwan ist ein Teil des chinesischen Territoriums und die Taiwan-Frage ist eine rein innere Angelegenheit Chinas. Die Ukraine-Frage hingegen besteht aus einem Konflikt zwischen zwei unabhängigen Staaten.

Infolge des chinesischen Bürgerkriegs in den 1940er Jahren und der Einmischung externer Kräfte wurden die beiden Seiten der Straße von Taiwan in eine langwierige politische Konfrontation getrieben. Die Souveränität und das Territorium Chinas aber wurden nie geteilt und der Status Taiwans als Teil des chinesischen Territoriums hat sich nie geändert. Jedes Land der Welt hat das Recht und die Mittel, seine inneren Angelegenheiten im Rahmen seiner Souveränität selbst zu regeln. Der Zweck der Analogie zwischen

der Taiwan-Frage und der Ukraine-Problematik besteht darin, Taiwan den Status eines Völkerrechtssubjektes zu verleihen und damit die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Straße von Taiwan als eine Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern umzudeuten. Man erweckt den Anschein, als gäbe es zwei Chinas oder ein China und ein Taiwan. Der Vergleich zwischen den beiden Konflikten verletzt das Ein-China-Prinzip und die Souveränität und territoriale Integrität Chinas und ist nichts anderes als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Nach der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht sind alle Länder verpflichtet, die Souveränität und territoriale Integrität anderer Länder zu achten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Einige Länder betonen die Souveränität der

Ukraine, stellen aber die Souveränität Chinas immer wieder in Frage. Einige Länder erzeugen Spannungen in der Straße von Taiwan, um ihre eigenen strategischen Interessen auf Kosten des Wohlergehens der Menschen sowie des Friedens und der Stabilität in der Region durchzusetzen. Das ist nicht nur ein Fall von Doppelmoral sowie eine Missachtung der Charta der Vereinten Nationen, sondern auch ein Verstoß gegen das Völkerrecht, was China nicht akzeptieren wird. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk sind entschlossen, die nationale Souveränität und territoriale Integrität zu wahren und die Kerninteressen zu schützen. Diejenigen, die in der Taiwan-Frage mit dem Feuer spielen, werden sich am Ende nur selbst verbrennen.



# 4. DER MODUS „ZWEIER DEUTSCHER STAATEN“ IST KEINE LÖSUNG FÜR DIE TAIWAN-FRAGE

Manche Leute behaupten, dass die Taiwan-Frage mit dem sogenannten „Modus zweier deutscher Staaten“ gelöst werden könnte. Sie meinen, man könnte die beiden Seiten der Taiwan Straße wie die zwei deutschen Staaten behandeln, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden und später wieder vereint wurden. Dieser Ansatz resultiert jedoch aus einem Missverständnis und Unkenntnis der Geschichte. Die Teilung von Deutschland und die Teilung der beiden Seiten der Taiwanstraße sind zwei grundverschiedene Vorgänge und Sachverhalte. Die Deutschland-Frage und die Taiwan-Frage können nicht gleichgesetzt werden. Der Modus „zweier deutscher Staaten“ ist aus folgenden Gründen keine Lösung:

1. Die Ursachen der Trennung sind völlig unterschiedlich. Deutschland wurde 1945 nach der militärischen Niederlage durch die 4 Siegermächte gemäß dem Potsdamer Abkommen in Besatzungszonen aufgeteilt. Mit Beginn des Kalten Krieges wurde Deutschland in zwei Staaten geteilt. Die Zweiteilung der deutschen Nation und letztlich die Wiedervereinigung hing von Faktoren außerhalb des Landes ab. Die Abtrennung

Taiwans hingegen ist durch Faktoren innerhalb des Landes - den chinesischen Bürgerkrieg - entstanden und wie die Frage der Wiedervereinigung eine rein interne Angelegenheit Chinas.



  
**UN Office of Legal Affairs:**

- ▶ Since the adoption of UNGA resolution 2758, the UN considers "Taiwan" as a province of China with **no separate status**.
- ▶ The UN considers "Taiwan" for all purposes to be **an integral part** of the People's Republic of China — The UN cannot accept official documentation issued by the "authorities" in "Taiwan", as they are **not considered a Government**.

*Source: UN Juridical Yearbook 2010*

2. Der völkerrechtliche Status des zweigeteilten Deutschlands entspricht nicht dem von Taiwan. Die

Aufspaltung der deutschen Nation wurde in internationalen Verträgen und Abkommen verankert. Hingegen war in der Kairoer und der Potsdamer Deklaration sowie anderen internationalen Verträgen hinsichtlich der Taiwan-Frage vorgeschrieben, dass Japan die von ihm besetzte chinesische Insel Taiwan an China zurückgeben müsse.

3. Die realen Verhältnisse sind nicht vergleichbar. Vor dem Hintergrund der Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR gab es in beiden deutschen Staaten ausländische Besatzungsmächte und sowohl die DDR als auch die BRD wurden gezwungen, einander anzuerkennen und gemeinsam in der internationalen Gemeinschaft zu existieren. Die chinesische Regierung jedoch besteht nach wie vor auf dem Ein-China-Prinzip, das von der internationalen Gemeinschaft allgemein akzeptiert wird.

# 5. DER URSPRUNG DER TAIWAN-FRAGE

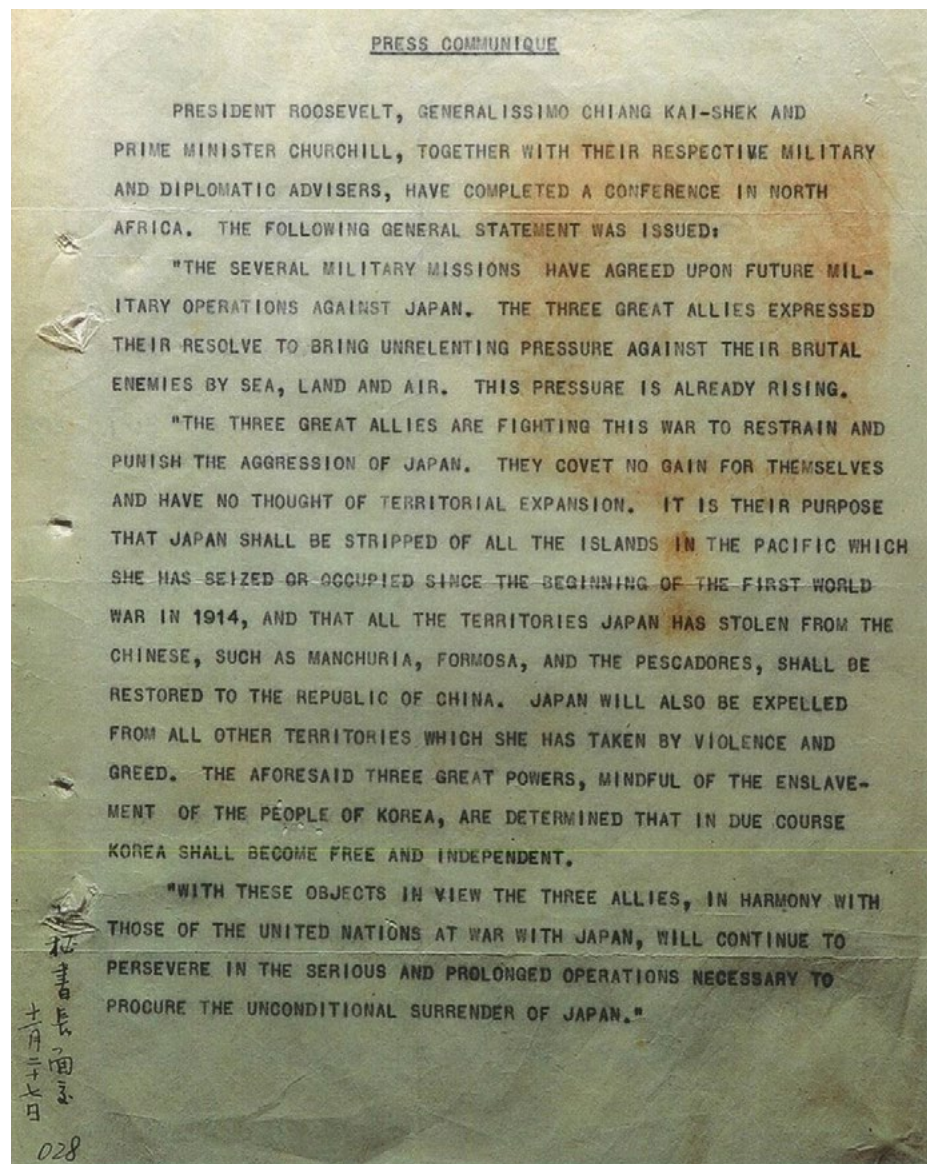
Taiwan gehört seit dem Altertum zu China. Die Vorfahren der meisten heutigen Bewohner Taiwans stammen vom chinesischen Festland. Obwohl Taiwan für einige kurze Zeiträume in der Geschichte unter kolonialer Herrschaft ausländischer Mächte stand, wurde es die meiste Zeit effektiv von der chinesischen Regierung verwaltet.

Die letzte Kolonialherrschaft in Taiwan war die Besetzung durch Japan von 1895 bis 1945, zu deren Beginn Japan die Regierung der Qing-Dynastie zwang, den Vertrag von Shimonoseki zu unterzeichnen. 1937 begann Japan einen totalen Angriffskrieg gegen China. Im Krieg des chinesischen Volkes gegen die japanische Aggression verkündete die chinesische Regierung 1941, dass alle Verträge zwischen den beiden Ländern aufgehoben sind und China Taiwan zurückerhalten würde. Die Forderung Chinas fand die Unterstützung der antifaschistischen Kräfte der Welt. In der Erklärung von Kairo, die im Dezember 1943 von den Regierungen Chinas, der USA und Großbritanniens verabschiedet wurde, hieß es, dass alle Gebiete, die Japan den Chinesen gestohlen hatte, wie u.a. Taiwan an China zurückgegeben werden sollten. Diese Bestimmung wurde in der Potsdamer Proklamation vom Juli 1945 bestätigt. Nach der Kapitulation Japans 1945 nahm die chinesische Regierung am 25. Oktober desselben Jahres die Ausübung der Souveränität über Taiwan wieder auf. Von diesem Zeitpunkt an hatte China Taiwan zurückerobert.

Kurz nach dem Sieg im Krieg gegen die japanische Aggression brach in China der Bürgerkrieg aus. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas stürzte das chinesische Volk die Regierung der Republik China. Am 1. Oktober 1949 wurde

die Volksrepublik China (VRC) als Nachfolgerin der Republik China (1912-1949) gegründet, und die Zentrale Volksregierung wurde zur einzigen legitimen Regierung in ganz China. Die Kuomintang (KMT) zog sich nach der Niederlage nach Taiwan zurück und errichtete mit Unterstützung externer Kräfte bis heute ein lokales Sezessionsregime. Die beiden Seiten der Taiwanstraße gerieten daraufhin in einen besonderen Zustand langwieriger politischer Konfrontation, der seither zur Taiwan-Frage geführt hat. Seit 1949 sind das Festland und Taiwan zwar noch nicht wiedervereinigt, aber die Souveränität und das Ter-

ritorium Chinas waren nie geteilt. Selbst unter dem KMT-Regime hat die taiwanische Behörde niemals die Tatsache bestritten, dass beide Seiten der Taiwan-Straße zu einem China gehören und es nur ein China auf der Welt gibt. Seit die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) an die Macht gekommen ist, verleugnet sie aber offenkundig den Konsens von 1992 und strebt die Unabhängigkeit Taiwans an, was eine gewaltige Bedrohung für den Frieden und die Stabilität der Taiwan-Straße darstellt.



# 6. WAS IST DAS EIN-CHINA-PRINZIP? WAS IST DIE GRUNDLAGE DES EIN-CHINA-PRINZIPS?

Der Ein-China-Grundsatz besagt, dass es nur ein China in der Welt gibt, dass Taiwan ein Teil Chinas ist, und dass die Regierung der Volksrepublik Chinas die einzige rechtmäßige Regierung ist, die ganz China vertritt. Die Anwendbarkeit des Ein-China-Prinzips ist universell, bedingungslos und unbestreitbar. Jeder Versuch, ihn mit Vorbehalten zu versehen, ihn zu verzerren, zu verfälschen und auszuhöhlen, ist illegal, null und nichtig.

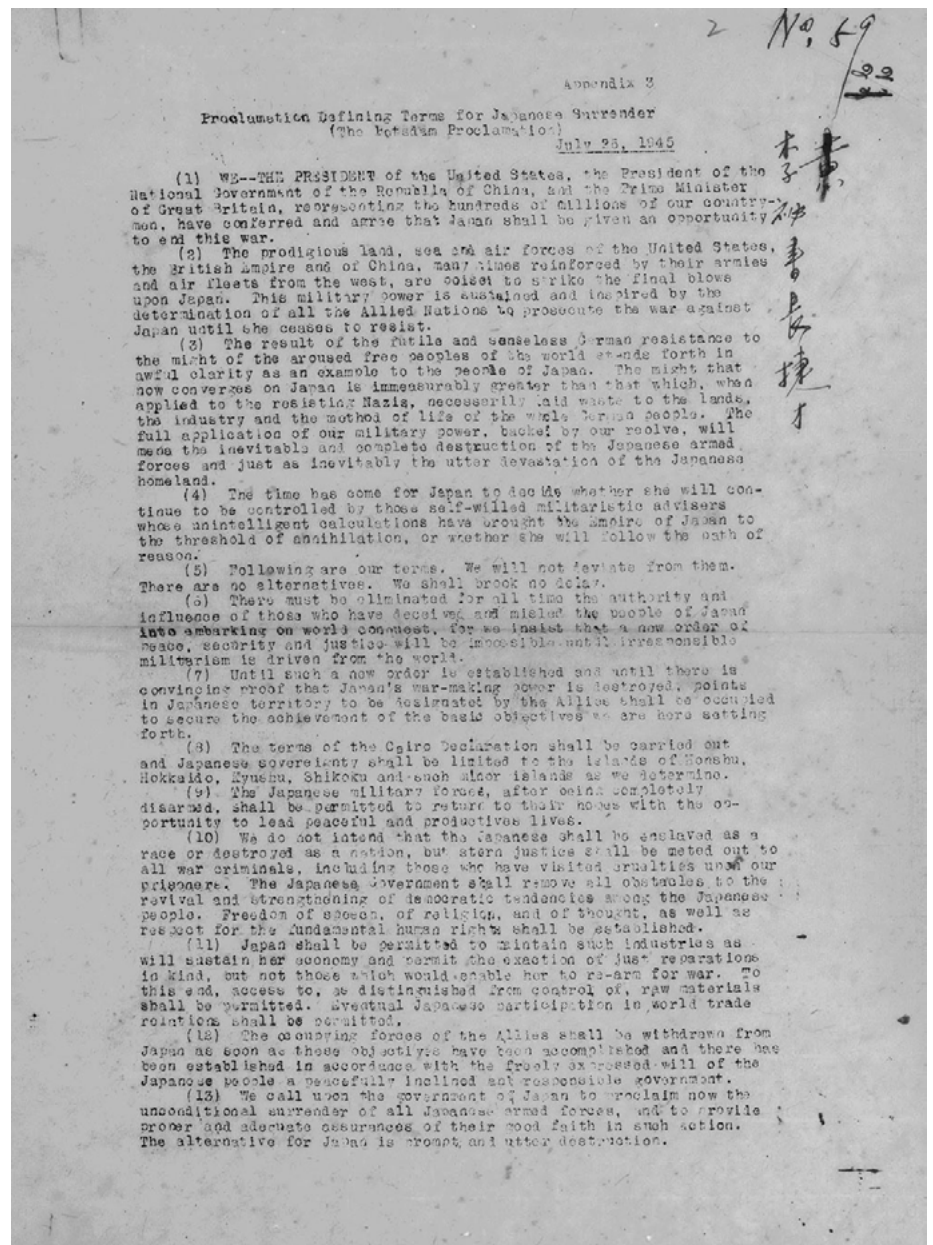
Die faktische Grundlage für das Ein-China-Prinzip ist unerschütterlich. Seit dem Jahr 230 gibt es Hinweise auf die Zugehörigkeit von Taiwan zu China. Ab dem 12. Jahrhundert übte die kaiserliche Zentralregierung die Gerichtsbarkeit über Taiwan aus und 1885 wurde es die 20. Provinz Chinas. Im Ersten Chinesisch-Japanischen Krieg musste China Taiwan an Japan abtreten, erhielt es nach dem Sieg 1945 zurück und nahm die Souveränität wieder auf. Das war Teil der Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg und seit 1949 hat sich der Status Taiwans als Teil des chinesischen Territoriums nicht geändert.

Die rechtliche Grundlage für das Ein-China-Prinzip ist unerschütterlich. Im Jahr 1943 wurde mit der Kairoer Erklärung festgelegt, dass Japan alle gestohlenen Gebiete, einschließlich Taiwan, an China zurückgeben sollte. Das wurde 1945 mit der Potsdamer Proklamation bekräftigt, zu deren Erfüllung sich Japan verpflichtet hat. 1949 wurde die Volksrepublik China als legitime Nachfolgerin der Republik China (1912-1949) gegründet und die neue Regierung löste das vorherige KMT-Regime in einer Situation ab, in der sich China als Völkerrechtssubjekt und sein Territorium nicht veränderte. Fol-

lich übt die Regierung der VR China auch die Souveränität über Taiwan aus. 1971 verabschiedeten die VN die Resolution 2758, mit der die VR China alle ihre Rechte zurück erhielt und der einzige legitime Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen wurde. Die Vertreter Chiang Kai-sheks wurden des Platzes verwiesen.

Das Ein-China-Prinzip ist der universelle Konsens der internationalen Gemeinschaft. Bis heute haben

183 Länder, darunter die meisten europäischen Länder, diplomatische Beziehungen zu China auf der Grundlage des Ein-China-Prinzips aufgenommen und der UN-Generalsekretär hat kürzlich erklärt, dass Resolution 2758 mit dem Ein-China-Prinzip unverändert gilt.





# 7. DIE GRUNDPRINZIPIEN DER CHINESISCHEN REGIERUNG FÜR DIE LÖSUNG DER TAIWAN-FRAGE

Die friedliche Wiedervereinigung und „ein Land, zwei Systeme“ sind die Grundprinzipien der chinesischen Regierung für die Lösung der Taiwan-Frage und der beste Ansatz zur Verwirklichung der nationalen Wiedervereinigung. Sie verkörpern die chinesische Weisheit (wir gedeihen, indem wir uns gegenseitig umarmen), tragen den Realitäten Taiwans in vollem Umfang Rechnung und sind der langfristigen Stabilität in Taiwan nach der Wiedervereinigung förderlich.

Die nationale Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln ist die erste Wahl der chinesischen Regierung bei der Lösung der Taiwan-Frage, da sie den Interessen der chinesischen Nation als Ganzes, einschließlich unserer Landsleute in Taiwan und der langfristigen Stabilität und Entwicklung Chinas am besten dient. Eine friedliche Wiedervereinigung kann nur

durch Konsultationen und Gespräche auf Augenhöhe erreicht werden. Wir können flexible Formen der Konsultation und Diskussion einführen. Wir sind bereit, mit allen Parteien, Gruppen oder Einzelpersonen in Taiwan einen umfassenden Meinungsaustausch zu führen, um die politischen Differenzen zwischen beiden Seiten auf der Grundlage des Ein-China-Prinzips und des Konsenses von 1992 zu lösen. Wir werden jedoch nicht auf den Einsatz von Gewalt verzichten und behalten uns die Möglichkeit vor, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Damit wollen wir uns gegen die Einmischung von außen und alle separatistischen Aktivitäten schützen. Sie richtet sich in keiner Weise gegen unsere chinesischen Mitbürger in Taiwan.

Der Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“ ist ein wichtiges institutionelles Instrument, das von der chinesischen Regierung geschaffen

wurde, um eine friedliche Wiedervereinigung zu ermöglichen. Es stellt eine große Errungenschaft des chinesischen Sozialismus dar. Wir sind der Meinung, dass Taiwan nach der friedlichen Wiedervereinigung sein gegenwärtiges Gesellschaftssystem weiterführen und ein hohes Maß an Autonomie in Übereinstimmung mit dem Gesetz genießen kann. Bestimmte politische Kräfte haben die Ziele des Grundsatzes falsch dargestellt und verzerrt. Tatsache ist, dass Hongkong und Macao seit ihrer Rückkehr ins Mutterland und ihrer Wiedereingliederung in die nationale Verwaltung einen breiten Weg gemeinsamer Entwicklung mit dem Mutterland eingeschlagen haben. Die Praxis von „ein Land, zwei Systeme“ war ein durchschlagender Erfolg.



## 8. KOMMENTAR DES SPRECHERS DES AUSSENMINISTERIUMS ZU DEN WAHLEN IN TAIWAN

Die Erklärung des US-Außenministeriums zu den Wahlen in der chinesischen Region Taiwan stellt eine schwerwiegende Verletzung des Ein-China-Prinzips und der drei gemeinsamen Communiqués zwischen China und den USA dar und steht im Widerspruch zu der politischen Verpflichtung der USA, nur kulturelle, kommerzielle und andere inoffizielle Beziehungen zum taiwanesischen Volk zu unterhalten. Sie sendet auch ein völlig falsches Signal an die separatistischen Kräfte der „Taiwan-Unabhängigkeit“. Wir bedauern dies zutiefst, lehnen es entschieden ab und sind bei der amerikanischen Seite ernsthaft vorstellig geworden.

Die Taiwan-Frage steht im Zentrum der chinesischen Kerninteressen

und ist die erste rote Linie, die in den Beziehungen zwischen China und den USA nicht überschritten werden darf. Das Ein-China-Prinzip ist eine grundlegende Norm in den internationalen Beziehungen, ein vorherrschender Konsens in der internationalen Gemeinschaft und die politische Grundlage der Beziehungen zwischen China und den USA. China lehnt es entschieden ab, dass die USA in irgendeiner Form offiziell mit Taiwan verkehren und sich in irgendeiner Weise oder unter irgendeinem Vorwand in die Angelegenheiten Taiwans einmischen. Wir fordern die USA auf, sich ernsthaft an das Ein-China-Prinzip und die drei gemeinsamen Communiqués von China und den USA zu halten und ernsthaft im Einklang mit den Verpflichtungen zu handeln,

die mehrfach von der US-Führung bekräftigt wurden, nämlich weder die „Unabhängigkeit Taiwans“ noch „zwei Chinas“ oder „ein China, ein Taiwan“ zu unterstützen und nicht zu versuchen, die Taiwan-Frage als Instrument zur Eindämmung Chinas zu nutzen. Wir fordern die USA auf, ihre offiziellen Beziehungen zu Taiwan einzustellen und den separatistischen Kräften, die für die „Unabhängigkeit Taiwans“ eintreten, keine falschen Signale zu senden.



# 9. STELLUNGNAHME DES BOTSCHAFTS- SPRECHERS ZUR PRESSEMITTEILUNG DES DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN AMTS ÜBER TAIWAN

**A**m 14. Januar hat ein Sprecher des Auswärtigen Amts in einer Pressemitteilung zu den Wahlen in Taiwan den Wählern gratuliert und betont, dass eine Änderung des Status quo nur friedlich und in gegenseitigem Einvernehmen beider Seiten auf der Taiwanstraße erfolgen dürfe.

Dazu nimmt der Botschaftssprecher folgendermaßen Stellung: Taiwan ist ein inhärenter Bestandteil des chinesischen Territoriums und die Taiwan-Frage gehört zu Chinas inneren Angelegenheiten. Die Wahlen in Taiwan zählen zu lokalen Angelegenheiten Chinas, und es wird keinerlei Einflussnahme oder Einmischung von außen geduldet. Wie die Wiedervereinigung der beiden Seiten der Taiwanstraße erreicht wird, liegt in den Händen des chinesischen Volkes selbst. Wir verbitten uns jede Art von Einmischung externer Kräfte und lassen uns von keinem anderen Land hineinreden.

Niemand wünscht sich mehr als die Chinesen selbst, die Einheit des Landes auf friedliche Weise zu verwirklichen. Wir halten daran fest, mit

größter Aufrichtigkeit und Mühe auf die Perspektive der friedlichen Wiedervereinigung hinzuarbeiten. Wir versprechen dabei aber keinesfalls, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten, um externer Einmischung und den Unabhängigkeitsbestrebungen separatistischer Kräfte entgegenzutreten. Wir behalten uns die Option offen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Taiwan-Frage ist ein historisches Überbleibsel. Länder mit Gewissen sind sich bewusst, was der eigentliche Grund dafür ist, dass die Wiedervereinigung der beiden Seiten der Taiwanstraße bisher noch nicht vollendet ist. Deutschland hat den Schmerz der nationalen Teilung während des Kalten Krieges erlebt, und seine Wiedervereinigung wurde auch von China entschieden unterstützt. Deutschland hat daher den geringsten Grund, in Fragen der chinesischen Wiedervereinigung eine negative Rolle zu spielen.

Das Ein-China-Prinzip ist der allgemeine Konsens der internationalen Gemeinschaft und die Grundnorm der internationalen Beziehungen

und lässt keine Selbstdefinition oder selektive Einhaltung zu. Das Festhalten am Ein-China-Prinzip sollte nicht zum Lippenbekenntnis werden, geschweige denn als Schutzschild zur Unterstützung der „Unabhängigkeit Taiwans“ missbraucht werden. Wir hoffen, dass Deutschland seinen Worten Taten folgen lässt und nicht lauthals mit „gespaltener Zunge“ spricht.

Der Schlüssel zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße liegt in der Einhaltung des Ein-China-Prinzips. Die deutsche Seite wird nachdrücklich aufgefordert, die hohe Sensibilität der Taiwan-Frage ernstzunehmen, sich mit Tatkraft an das Ein-China-Prinzip zu halten, und mehr dazu beizutragen, den Frieden und die Stabilität in der Taiwan-Straße zu fördern, anstatt falsche Signale an die separatistischen Kräfte in Taiwan zu senden.

# 10. STELLUNGNAHME DES CHINESISCHEN AUSSENMINISTERIUMS ZUR UN RESOLUTION 2758

China hat am 10. Mai 2024 die Vereinten Staaten aufgefordert, sich strikt an die Resolution 2758 der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu halten und Taiwan nicht zur Eindämmung Chinas zu missbrauchen, was zum Scheitern verurteilt ist. Seit einiger Zeit haben die USA die Resolution 2758 absichtlich verzerrt und in Frage gestellt, den „unentschiedenen Status“ Taiwans hochgespielt und sich für die Unterstützung der Teilnahme Taiwans an UN-Sitzungen und UN-Aktivitäten eingesetzt.

Der Standpunkt Chinas zur Resolution 2758 der UN-Generalversammlung und die Bedeutung des Ein-China-Prinzips sind kristallklar: Es gibt nur ein China auf der Welt, Taiwan ist ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums und die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige rechtmäßige Regierung, die ganz China vertritt. Die Resolution 2758 hat die Frage der Vertretung ganz Chinas, einschließlich der Region Taiwan, bei den Vereinten Nationen politisch, rechtlich und verfahrenstechnisch endgültig geklärt. Sie stellt klar, dass es nur einen Sitz für China bei den Vereinten Nationen und dass es keine Fragen über „zwei Chinas“ oder „ein China, ein Taiwan“ gibt. Seit der Verabschiedung der Resolution 2758 der Generalversammlung der Vereinten Nationen wird sie von den Vereinten Nationen, ihren Sonderorganisationen und anderen zwischenstaatli-

chen internationalen Organisationen beachtet. Jede Frage bezüglich der Teilnahme der Region Taiwan an den Aktivitäten internationaler Organisationen muss im Rahmen des Ein-China-Prinzips behandelt werden. Es gibt für Taiwan keine Grundlage, keinen Grund und kein Recht, der UN oder anderen internationalen Organisationen beizutreten, die Staatlichkeit voraussetzen. Alle Mitgliedsstaaten der UNO müssen sich an die Resolution 2758 halten, die in der UN-Charta verankert ist.

Die USA haben weder das Recht, die Resolution 2758 zu verfälschen, noch steht es ihnen zu, rücksichtslos zu handeln. Das Ein-China-Prinzip ist die grundlegende Voraussetzung und die politische Basis für China, um seine Beziehungen zu anderen Ländern aufzubauen und zu vertiefen. Die internationale Gemeinschaft hält sich allgemein an die Resolution 2758 und setzt das Ein-China-Prinzip umfassend und getreu um. Die USA sind aufgefordert, sich nicht von der internationalen Gemeinschaft, dem internationalen Recht und den grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen abzuwenden. Als Gründungsmitglied der UN und ständiges Mitglied des Sicherheitsrates können die USA nicht die Grundsätze des Völkerrechts mit Füßen treten und versuchen, die internationale Öffentlichkeit in die Irre zu führen und der internationalen Gemeinschaft ihre falsche Haltung aufzuzwingen. Die

USA reden zwar von einer „regelbasierten internationalen Ordnung“, handeln jedoch gemäß ihrer Hegemoniebestrebungen und zeigen eine selektive Herangehensweise an das Völkerrecht. Die USA und einige andere Länder hatten einst den Vorschlag einer „doppelten Vertretung“ unterbreitet, um „zwei Chinas“ und „ein China, ein Taiwan“ zu schaffen, aber der Vorschlag wurde letztlich nicht zur Abstimmung gestellt und aufgegeben. Die USA müssen damit aufhören, das Ein-China-Prinzip auszuhöhlen und zu verschleiern. Sie werden damit keinen Erfolg haben, wenn sie sich gegen den Trend der Geschichte stellen. Die USA behaupten, sie hielten an der Ein-China-Politik fest, benutzten aber immer mehr Beschreibungen, um ihre Ein-China-Politik zu ändern, einschließlich des einseitig ausgearbeiteten Taiwan Relations Act und der Sechs Zusicherungen. Solche Schritte verstoßen gegen den Ein-China-Grundsatz, verletzen den internationalen Konsens und sind von China von Anfang an nicht anerkannt worden. Die USA seien daran erinnert, dass das Ausspielen der „Taiwan-Karte“ nach hinten losgehen wird, und dass der Versuch, Taiwan zur Eindämmung Chinas zu benutzen, unweigerlich zum Scheitern verurteilt ist.

# 11. GASTBEITRAG VON BOTSCHAFTER WU KEN IN DER BERLINER ZEITUNG

**Gegenseitige Achtung der Kerninteressen. Wie echtes De-Risking in den chinesisch-europäischen Beziehungen gelingen kann.**

Vor gut zwei Jahren habe ich an dieser Stelle schon einmal einen Beitrag verfasst. Damals warnte ich vor einer unsichtbaren Berliner Mauer in den internationalen Beziehungen, mahnte, dass die globalisierte Welt mehr Brücken- statt Mauerbauer braucht. Mit dem Ende der Pandemie und der allmählichen Wiederaufnahme des grenzüberschreitenden direkten Kontakts kommt auch Chinas Austausch mit Deutschland und Europa in allen Bereichen und auf allen Ebenen wieder in Gang, was mich außerordentlich freut. Die Stimmen der Vernunft in Europa, die sich gegen ideologische Konfrontation und Entkopplung und für eine Zusammenarbeit Deutschlands und Europas mit China aussprechen, werden derzeit immer lauter. Nach der erfolgreichen neuen Runde der chinesisch-deutschen Regierungskonsultationen in Berlin im vergangenen Juni war Bundeskanzler Scholz vergangenen Monat zum zweiten Mal in seiner Amtszeit zu Gast in China.

Begleitet wurde er von einigen Bundesministern und einer Delegation wichtiger Wirtschaftsvertreter. Vergangene Woche stattete Chinas Staatspräsident Xi Jinping Frankreich, Serbien und Ungarn einen gelungenen Staatsbesuch ab. Er traf dabei auch mit Führungspersonlichkeiten der EU zu Gesprächen zusammen und setzte neue kraftvolle Impulse zur weiteren Förderung von Austausch und Zusammenarbeit zwischen China und der EU in allen Bereichen. Staatspräsident Xi Jinping hob bei seinem Frankreichbesuch die starke innere Dynamik und den großen Entwicklungsspielraum der chinesisch-europäischen Beziehungen hervor. Unsere Welt ist gerade

in eine neue Phase der Turbulenzen und des Wandels eingetreten. Vor diesem Hintergrund sollten China und die EU an ihrer Positionierung als Partner sowie an Dialog und Zusammenarbeit festhalten, sollten einander fördern und gemeinsame Entwicklung suchen.

Leider muss man auch zugeben: Seit gut zwei Jahren gestaltet sich die internationale Lage immer unübersichtlicher und vertrackter. Das hat auch die Komplexität und Unsicherheiten in Chinas Beziehungen zu Europa und Deutschland gemehrt. Einige Vertreter politischer Eliten in bestimmten westlichen Ländern klammern sich in diesen Zeiten an ideologische Konfrontation und das Denken des Kalten Krieges. Vergeblich versuchen sie, eine neue Berliner Mauer zwischen Ost und West zu errichten. Ideologische Voreingenommenheit und politische Korrektheit dienen ihnen als Messlatte zur Abwägung von Risiken. Unter dem Vorwand des sogenannten De-Risking politisieren sie die normale Wirtschafts- und Handelskooperation sowie auch den Wissenschafts- und Bildungsaustausch und verknüpfen diese mit Sicherheitsfragen. Damit legen sie der Entwicklung der chinesisch-europäischen sowie auch der chinesisch-deutschen Beziehungen Steine in den Weg, höhlen die Zusammenarbeit gar aus.

Auch in Europa und Deutschland gibt es Stimmen, die bei Handel, Investitionen und Lieferketten übermäßige Abhängigkeiten von China wähen und dies als Risiko einordnen. Doch wie ich bereits mehrfach bei verschiedenen Anlässen betont habe: Abhängigkeit ist nie einseitig. Eine fragmentierte Weltwirtschaft

wird dem europäischen Wohlstand nur schaden und letztlich noch größere Unsicherheit schaffen. Wenn China in einigen Bereichen dem Aufbau unabhängiger Kapazitäten mehr Aufmerksamkeit schenkt, dann nur deshalb, weil einige westliche Länder Lieferbeschränkungen und Handelsverbote gegen China erlassen haben. Man hat uns quasi gezwungen, zu reagieren. Aus eigenem Antrieb hat China nie Anstrengungen unternommen, sich wirtschaftlich vom Westen abzukoppeln. Hier liegt auch der grundlegende Unterschied zum De-Risking, das einige westliche Politiker derzeit propagieren. Meines Erachtens verbinden China, Deutschland und Europa letztlich das gemeinsame Interesse und die gemeinsame Verantwortung, eine gleichberechtigte und geordnete multipolare Welt und eine integrative Globalisierung zu schaffen.

Die Ukraine Krise hat dem europäischen Sicherheitsverständnis einen schweren Schlag versetzt. Diese Tragödie sollte Europa und die Welt wach rütteln, weitere geopolitische Konflikte zu entschärfen und zu vermeiden, statt bei geopolitischen Spannungen künstlich Öl ins Feuer zu gießen. Einige politische Akteure mit Hintergedanken befeuern allerdings das Narrativ „Heute die Ukraine, morgen Taiwan“ und führen dabei nichts Gutes im Schilde. Vorgeblich geht es ihnen darum, die Stabilität in der Taiwanstraße zu wahren und eine Änderung des Status quo zu verhindern. Doch der tatsächliche Status quo in der Taiwanfrage ist, dass beide Seiten der Meerenge zu ein und demselben China gehören.

**Weiter auf der nächsten Seite.**

## Fortsetzung.

Taiwan war nie ein unabhängiges Land. Mit der Beibehaltung des Status quo meinen solche Leute am Ende nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Teilung Chinas. Nur traut man sich nicht, diese Absicht öffentlich so zu benennen.

Tatsache ist: Die Souveränität und territoriale Integrität Chinas waren nie geteilt, auch wenn Chinas vollständige Wiedervereinigung noch ausstehen mag. Eine Reihe völkerrechtlicher Dokumente, allen voran die Kairoer Erklärung und die Potsdamer Erklärung, haben nach dem Zweiten Weltkrieg Chinas unbestrittene Souveränität über Taiwan bekräftigt. Dies gibt China die Legitimität und Rechtmäßigkeit im Sinne des Völkerrechtes, sich Bestrebungen nach einer Unabhängigkeit Taiwans zu widersetzen und seine Souveränität und territoriale Integrität mit allen erforderlichen Mitteln zu schützen. 1971 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 2758, mit der die Frage der Vertretung ganz Chinas, einschließlich Taiwans, in den Vereinten Nationen politisch, rechtlich und verfahrenstechnisch ein für alle Mal geklärt wurde. Auch dieses Dokument bestätigt, dass Taiwan ein Teil Chinas ist.

Das Ein-China-Prinzip ist allgemeiner internationaler Konsens und eine grundlegende Norm in den internationalen Beziehungen. Alle Seiten, einschließlich der EU und ihrer Mitgliedstaaten, haben sich gegenüber China und der Welt wiederholt in verschiedener offizieller Form klar zur Ein-China-Politik bekannt, so etwa in gemeinsamen Kommuniqués und Erklärungen. Um geopolitischer Vorteile willen aber zögern politische Akteure in manchen westlichen Ländern seit einigen Jahren nicht, Taiwaner Separatisten bei ihren riskanten Provokationen zu unterstützen. Durch eine sogenannte eigenständige Neuauslegung der Ein-China-Politik versuchen solche Akteure, das Ein-China-Prinzip aufzuweichen bzw. auszuhöhlen. Erst

jüngst haben Beamte des US-Außenministeriums um Mark Lambert sowie einige Institutionen, darunter der German Marshall Fund, sogar versucht, die Geschichte bewusst zu verfälschen, indem sie die 1971 verabschiedete Resolution 2758 absichtlich umdeuten. Sie propagieren die These, dass Taiwans Status ungeklärt sei und fechten damit den Ein-China-Konsens der internationalen Gemeinschaft an. Dieser Verrat an der Geschichte und die Negierung der internationalen Nachkriegsordnung ist letztlich die größte Gefahrenquelle für die Stabilität in der Taiwanstraße.

Der Ausgang der Wahlen in Taiwan hat nichts an der Tatsache geändert, dass Taiwan ein Teil Chinas ist und es nur ein einziges China auf der Welt gibt. Er ändert auch nichts am Ein-China-Prinzip als allgemeinem internationalen Konsens, und erst recht nichts am historischen Entwicklungstrend, der auf eine Wiedervereinigung Chinas hinausläuft. In der Frage der nationalen Einheit gab es faktisch nie eine zweite Option. Unser Land strebt nach wie vor mit größter Aufrichtigkeit und Anstrengung die Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes an. Um die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans und Einmischungen von außen zu unterbinden, werden wir auch nie versprechen, auf Gewalt als letztes Mittel für den Schutz unserer territorialen Integrität und Souveränität zu verzichten, sodass die friedliche Wiedervereinigung zu einer realen Möglichkeit wird.

Wenn Europa ernsthaft an Chinas Zusammenführung mit friedlichen Mitteln gelegen ist und man verhindern will, dass die Taiwanstraße zu einem neuen geopolitischen Risiko wird, sollte die EU konsequent und tatkräftig an ihrer Verpflichtung zur Ein-China-Politik festhalten. Sie sollte sich nicht auf die Seite von Akteuren stellen, die eine Unabhängigkeit Taiwans anvisieren, geschweige denn bestimmten westlichen Ländern folgen, die die Taiwanfrage für die Eindämmung Chinas

instrumentalisieren. Das ist meines Erachtens, worum es beim viel zitierten De-Risking eigentlich gehen sollte. In diesem Zusammenhang möchte ich auch einzelnen deutschen Politikern raten, nicht so naiv zu sein zu glauben, dass Chinas Wiedervereinigungsprozess sich durch die Entsendung einiger Kriegsschiffe durch die Meerenge ausbremsen ließe.

Bei seinem Treffen mit Präsident Macron und der Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen während seines Frankreichbesuchs hat Staatspräsident Xi Jinping betont, dass China und Europa die Kerninteressen und Hauptanliegen des anderen respektieren sollten. Er forderte dazu auf, die politische Grundlage der Beziehungen zwischen China und der EU sowie die grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen zu wahren. Gleiches gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland. Gegenseitige Achtung der Kerninteressen und Hauptanliegen – das ist es doch, worauf es bei einer umfassenden strategischen Partnerschaft ankommt. Wie zwischen Asien und Europa braucht es auch auf dem weiten Pazifik mehr Brücken, die uns verbinden, statt Kriegsschiffe und Kanonen aus der Ferne. Ich hoffe und bin überzeugt, dass die deutsche Seite weiterhin am Ein-China-Prinzip festhalten und gemeinsam mit China das Fundament für die Entwicklung der chinesisch-deutschen Beziehungen festigen wird. Lassen Sie uns gemeinsam konstruktive Beiträge leisten, nicht nur zum Frieden in der Taiwanstraße, sondern auch zu Stabilität und Wohlstand in der Asien-Pazifik-Region und in aller Welt. Denn dies liegt im Interesse aller Beteiligten, einschließlich Chinas und Deutschlands.

## 12. DAS EIN-CHINA-PRINZIP ALS ANKER DES FRIEDENS IN DER STRASSE VON TAIWAN

Der chinesische Außenminister Wang Yi, der auch Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ist, erklärte, dass eine Veränderung der Situation auf der Insel Taiwan nichts an den historischen und rechtlichen Tatsachen ändere. Taiwan ist ein Teil Chinas und die historische Entwicklung führt dazu, dass China unweigerlich wiedervereinigt wird. In jüngster Zeit haben politische Führungen und Menschen aller Länder ihre Unterstützung für Chinas gerechte Sache der Ablehnung der „taiwanesischen Unabhängigkeit“ und ihre Unterstützung der Wiedervereinigung zum Ausdruck gebracht. Das zeigt ein unerschütterliches Festhalten der internationalen Gemeinschaft am Ein-China-Prinzip. Jeder Versuch, das anzufechten oder zu leugnen, ist

zum Scheitern verurteilt.

Wang wies darauf hin, dass die Kairoer Erklärung von 1943 und die Potsdamer Proklamation von 1945 eindeutig festlegen, dass Taiwan, ein von Japan gestohlenes chinesisches Gebiet ist, das an China zurückgegeben werden soll. Diese Dokumente mit völkerrechtlicher Wirkung sind integraler Bestandteil der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg und auch das kollektive Gedächtnis der internationalen Gemeinschaft. Die separatistischen Aktivitäten der „taiwanesischen Unabhängigkeitskräfte“ sind eine ernsthafte Herausforderung für die internationale Ordnung und die größte Bedrohung für Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan. Das Ein-China-Prinzip ist die politische Prämisse, auf der China diplo-

matische Beziehungen mit anderen Ländern aufbaut und entwickelt und ein solider Anker für Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan.

Die chinesische Nation vertritt stets die gemeinsame Überzeugung, dass das Heimatland nicht geteilt, das Land nicht destabilisiert, seine ethnischen Gruppen nicht getrennt und seine Zivilisation nicht unterbrochen werden können. Wang betonte, dass die Taiwan-Frage eine innere Angelegenheit Chinas sei, und sagte, dass die Verwirklichung der vollständigen Wiedervereinigung Chinas ein gemeinsames Bestreben aller Söhne und Töchter der chinesischen Nation und ein historischer Trend seien, was keine Macht aufhalten könne.





Hat Ihnen unser Newsletter gefallen? Sollten Sie daran Interesse haben, ihn auch weiterhin mindestens einmal im Monat zu beziehen, dann können Sie ihn per Mail hier abonnieren:


[newsletter.botschaftchina@gmail.com](mailto:newsletter.botschaftchina@gmail.com)


[Hier finden Sie unser Newsletter-Archiv](#)

Wenn Sie Kommentare oder Anregungen zum Newsletter haben oder ihn abbestellen wollen, schreiben Sie uns gerne an dieselbe Adresse. Wir freuen uns auf Ihr Feedback!



Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland  
Märkisches Ufer 54, D-10179 Berlin

 [de.china-embassy.gov.cn](http://de.china-embassy.gov.cn)

 +49 (0) 30-27588 0

 [@chinambgermany](https://www.instagram.com/chinambgermany)

 [@ChinaEmbGermany](https://twitter.com/ChinaEmbGermany)